

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Rinck, Stephan Protschka, Peter Felser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/1451 –**

Agrarrohstoffmangel in Deutschland verursacht durch den Ukrainekrieg und Maßnahmen zur Versorgungssicherung

Vorbemerkung der Fragesteller

Durch den Ukrainekrieg werden wichtige Agrarflächen und Infrastrukturen für die Nahrungsmittelproduktion in Osteuropa in Mitleidenschaft gezogen. Deutschland als Nahrungsmittelimporteur ist davon direkt betroffen, weil wichtige Lieferwege aus der Schwarzmeerregion blockiert, Ersatzlieferungen zurzeit sehr schwierig zu bekommen sind und die Weltmarktpreise deutlich steigen. Der Export von Agrarrohstoffen aus der Ukraine ist faktisch zum Erliegen gekommen (<https://www.topagrar.com/markt/news/ukraine-krieg-bringt-gravierende-folgen-fuer-den-eu-agraraussenhandel-13066296.html>).

Teilweise ist die Ware physisch nicht verfügbar bzw. durch langfristige Kontrakte für die Zukunft auch nicht mehr abzusichern. Gleichzeitig verhängt die ukrainische Regierung Ausfuhrverbote von wichtigen Agrarprodukten (<https://www.agrarzeitung.de/nachrichten/politik/interview-mit-norbert-lins-ein-preisanstieg-auf-breiter-front-100580>).

Weltweit ist Russland der wichtigste Weizenproduzent und die Ukraine einer der wichtigsten Weizenexporteure, insbesondere auch für die Europäische Union (<https://www.godmode-trader.de/artikel/russland-begrenzt-ausfuhr-von-agrarprodukten,10937131>). Beide Länder haben bei Agrarrohstoffen, wie z. B. Backweizen, einen weltweiten Handelsanteil von ca. 30 Prozent, und die Sorge um Lieferunterbrechungen aus der Schwarzmeerregion treibt die Getreidepreise auf bisher unbekannte Höhen (<https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/exportstopp-durch-ukraine-krieg-wer-statt-russland-und-ukraine-nun-weizen-gegen-den-hunger-exportieren-muss-a-3c74e7a5-6356-4288-882a-1d208f2e4306>).

Weitere, zukünftige, Produktionsunterbrechungen und damit Ernteaufschläge sind nicht auszuschließen. Die neue Frühjahrssaat wird in der Ukraine zum Teil nicht erfolgen, weil Mitarbeiter, Technik und Diesel aus den Agrarbetrieben landesweit an die Armee abgegeben wurden (https://www.agrarheute.com/politik/krieg-ukraine-landwirtschaft-lagebericht-590920?content_hub=590645).

Außerdem machen die gestiegenen Energiepreise die Agrarrohstoffproduktion in Deutschland fast unbezahlbar (<https://www.agrarheute.com/markt/diesel/dieselpreise-hamsterkaeufer-diesel-befuerchtet-adblue-ausverkauft-591877>). Dadurch ist mit steigenden Preisen und mit Versorgungsgapen in Deutschland zu rechnen.

1. Welche Agrarrohstoffe werden nach Kenntnis der Bundesregierung von Deutschland aus der Ukraine importiert (bitte nach dem jeweiligen Agrarrohstoff und den dazugehörigen Importmengen aufschlüsseln)?

Im Jahr 2021 wurden aus der Ukraine nach vorläufigen Angaben Güter der Land- und Ernährungswirtschaft im Wert von rund 793 Mio. Euro importiert. Die nach Menge bei weitem wichtigsten Güter waren (in Tausend Tonnen):

Erzeugnis/Jahr	2019	2020	2021 (v)
Mais	1.599	445	190
Rapssamen, -schrot	905	893	702
Pflanzliche Öle	128	111	97
darunter Sonnenblumen-, Saflor- und Baumwollsaatöl	126	110	90

Detaillierte Angaben können der frei zugänglichen Datenbank des Statistischen Bundesamtes unter <https://www-genesis.destatis.de/genesis//online?operation=table&code=51000-0007&bypass=true&levelindex=1&levelid=1650521518109#abreadcrumb> entnommen werden.

2. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie der Rückgang bei importierten Agrarrohstoffen aus der Ukraine kurzfristig, aber auch auf lange Sicht gesehen, ausgeglichen werden kann?
 - a) Wenn ja, welche Länder kommen potenziell für Ersatzlieferungen infrage, und welche Exportgüter können sie bereitstellen?
 - b) Wenn nein, wie möchte die Bundesregierung künftige Totalausfälle im Agrar- und auch Ernährungssektor (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) durch einen Mangel an Rohstoffen ausgleichen?

Die Fragen 2 bis 2b werden gemeinsam beantwortet.

Die Ukraine ist für eine Reihe von Agrarrohstoffen bisher eine wichtige Exportnation. Gleichwohl sind auch die in der Antwort zu Frage 1 genannten Importmengen Deutschlands in Relation zu setzen zu den deutschen Gesamteinfuhren dieser Güter. Im Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021 ergeben sich folgende Anteile der Importe aus der Ukraine an den genannten Gütern (in Prozent):

Mais	19,9
Rapssamen, -schrot	14,8
Pflanzliche Öle	4,3
darunter Sonnenblumen-, Saflor- und Baumwollsaatöl	22,4

Prinzipiell kommen andere Exportländer für Ersatzlieferungen in Frage. Zudem gibt es Substitutionsbeziehungen in vielen Verwendungen sowohl für Mais (insbesondere durch andere Futtergetreidearten) als auch für Raps (durch andere Ölsaaten) und Sonnenblumenöl. Auch eine verringerte Verwendung als Futtermittel oder Kraftstoff kann die Verfügbarkeit in anderen Verwendungsbe-reichen erhöhen.

3. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die derzeitigen Exportkapazitäten für Agrarrohstoffe an den ukrainischen Schwarzmeerhäfen (bitte nach den jeweiligen ukrainischen Schwarzmeerhäfen, nach der Menge und Art exportierter Agrarrohstoffe sowie den Importländern aufschlüsseln)?

Nach Angaben der ukrainischen Regierung bestehen aufgrund der von Russland betriebenen militärischen Blockade von Küstenregionen derzeit keine Exportkapazitäten für Agrarrohstoffe an den ukrainischen Schwarzmeerhäfen. Vor der Blockade wurden über die Schwarzmeerhäfen, insbesondere Odessa und Mykolaiv, ca. 90 Prozent des Exports der ukrainischen Agrarrohwaren abgewickelt: 30 bis 35 Prozent nach Nord-Afrika und den Mittleren Osten, 30 bis 35 Prozent zu den Ländern aus Süd- und Südostasien und ca. 35 bis 40 Prozent nach Europa.

4. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob der Selbstversorgungsgrad Deutschlands in Form gesteigerter Eigenproduktion die Rückläufigkeit von ukrainischen Agrarimporten kompensieren kann, und wenn ja, mit welchen agrarpolitischen Mitteln möchte die Bundesregierung intervenieren?

Die Entwicklung auf den Agrarmärkten während der letzten Monate führte bereits zu vielfältigen Veränderungen der relativen Preise unter den Ackerfrüchten, aber auch beispielsweise in Bezug auf Betriebsmittel. Diese Preisänderungen sind die Signale, nach denen die Landwirtinnen und Landwirte und die verarbeitenden Unternehmen ihre Produktionsentscheidungen treffen werden. Rückläufige Agrarimporte aus der Ukraine können durch Substitution, Effizienzsteigerung oder zusätzliche einheimische Erzeugung ausgeglichen werden. Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

5. Kann nach Wissen der Bundesregierung die Produktion bedeutender Agrarrohstoffe in Deutschland über das Jahr 2022 hinaus stabilisiert und gesichert werden, und wenn ja, wie gelangt die Bundesregierung zu dieser Aussage, und welche Maßnahmen sollen diesbezüglich ergriffen werden?

Die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist in Deutschland aus Sicht der Bundesregierung stabil und gesichert. Die Bundesregierung beobachtet gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission aufmerksam die Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Betriebsmittel. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, diesbezüglich Maßnahmen zu ergreifen.

6. Ist nach Kenntnis der Bundesregierung hierzulande eine ausreichende Versorgung mit Düngemitteln und eine Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in angemessenen Mengen sichergestellt?
 - a) Wenn ja, wie gelangt die Bundesregierung zu diesem Schluss, und wie lässt sich die Verfügbarkeit weiter steigern?
 - b) Wenn nein, was möchte die Bundesregierung unternehmen, um eine kontinuierliche Versorgung zu gewährleisten?

Trotz stark gestiegener Betriebsmittelausgaben erwartet die Bundesregierung für die im vergangenen Herbst und in diesem Frühjahr bestellten Ackerkulturen, das heißt für die kommende Ernte, keine gravierenden Auswirkungen auf die Erntemengen und die Versorgung mit Marktfrüchten. Ein Teil der eingeplanten Dünge- und Pflanzenschutzmittel wurde bereits geordert, bevor es zu

den ganz massiven Preisanstiegen kam. Es kann davon ausgegangen werden, dass der Nährstoffbedarf der Kulturen in der laufenden Anbausaison grundsätzlich gedeckt werden kann, zumal viele Betriebe auch mit Anpassungen bei den Sommerungen und durch gezieltere Nutzung von organischem Dünger reagiert haben. Auch hinsichtlich der Versorgung mit Pflanzenschutzmitteln ist davon auszugehen, dass diese bei üblichem Saisonverlauf und weiterhin intakten Handelsströmen in der aktuellen Anbauperiode weitgehend gesichert ist. Vorübergehende Engpässe könnten auftreten, sollte es zu unerwarteten Kalamitäten in den Kulturen kommen. Für die Ernte 2022 dürften die Witterungsverhältnisse der kommenden Monate ausschlaggebender sein als die anerkanntermaßen schwierige Situation auf den Vorleistungsmärkten.

Im Hinblick auf das nächste Wirtschaftsjahr sind aktuell keine belastbaren Einschätzungen möglich. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Dünge- und Pflanzenschutzmittelmärkte weiterhin durch Knappheit geprägt sind und der intensive globale Wettbewerb um das begrenzte Angebot für ein hohes Preisniveau sorgt, ist jedoch groß. Umso wichtiger ist es daher, die Abhängigkeit der heimischen Agrarproduktion von energieintensiven Inputleistungen sukzessive zu verringern.

Die Bundesregierung wird die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine auf die Landwirtschaft und Ernährungssicherung in der EU und weltweit laufend im Blick behalten und falls erforderlich, geeignete Maßnahmen ergreifen, um die heimische Landwirtschaft und wichtige Lieferketten zu unterstützen.

7. Plant die Bundesregierung, zukünftige Brachflächen oder Zwangstilllegungsflächen des Ackerbaus in Deutschland längerfristig für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion in Bewirtschaftung zu halten, um Agrarrohstofflieferausfälle aus der Ukraine zu kompensieren?
 - a) Wenn ja, in welcher Größenordnung sollen die besagten Flächen in Bewirtschaftung bleiben?
 - b) Wenn nein, was möchte die Bundesregierung stattdessen zur Kompensation von Lieferausfällen bei Agrarrohstoffen unternehmen?

Ein Aussetzen der im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 bei der Konditionalität vorgesehenen Regelungen zu nichtproduktiven Flächen durch die Bundesregierung ist nicht möglich, da der EU-Basis-Rechtsakt zur GAP-Reform dies nicht zulässt. Über die Anlage darüberhinausgehender Brachen im Rahmen spezifischer Förderangebote der GAP entscheiden die Landwirtinnen und Landwirte. Brachen und Landschaftselemente wie Hecken erfüllen wichtige Funktionen zum notwendigen Erhalt der Biodiversität in den Agrarlandschaften.

8. Wie kann nach Kenntnis der Bundesregierung die Versorgung mit Bio-futtermitteln aus der Ukraine verbessert werden, um die bestehenden Lieferengpässe zu verringern (<https://www.agrarheute.com/tier/krieg-ukraine-lange-reicht-oekofutter-591076>)?

Durch die aktuelle Situation in der Ukraine hat sich die Versorgungslage mit Bio-Eiweißfuttermitteln verschlechtert. Neben Rohstoffen wie Mais, Raps und Getreide fehlen insbesondere Ölsaatenpresskuchen für die Produktion von Bio-Eiweißfuttermitteln. Seit dem 1. Januar 2022 ist außerdem der Bedarf an Rohstoffen für Bio-Eiweißfuttermitteln höher, da mit dem neuen EU-Öko-Recht nicht mehr nur 95 Prozent, sondern nun 100 Prozent der Zutaten landwirtschaftlichen Ursprungs aus ökologischer Produktion stammen müssen.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist vor diesem Hintergrund sowohl mit den für die Umsetzung des EU-Rechts zuständigen Bundesländern als auch mit der Europäischen Kommission im Gespräch, um hier kurzfristig zu einer praxisgerechten Lösung zu kommen. Insbesondere wird dabei geprüft, ob eine Ausnahmegenehmigung für die Verwendung von Rohstoffen aus konventioneller Erzeugung erteilt werden kann.

Aus der Europäischen Kommission wurde kürzlich ein Verordnungsentwurf hinsichtlich der Verwendung von nichtökologischen Eiweißfuttermitteln für die ökologische Tierhaltung aufgrund des Einmarsches Russlands in der Ukraine vorgelegt, der Ausnahmemöglichkeiten vorsieht. Der Verordnungsentwurf ist noch nicht innerhalb der Europäischen Kommission abgestimmt.

Es wird außerdem auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

9. Droht nach Einschätzung der Bundesregierung weltweit eine weitergehende Nahrungsmittelverknappung?
 - a) Wie reagieren nach Kenntnis der Bundesregierung die Preise auf dem Weltmarkt auf die Verknappung von Nahrungsmitteln?
 - b) Wie wird sich nach Kenntnis der Bundesregierung dieses Verhalten am Weltmarkt auf die Hungersituation von Entwicklungs- und Schwellenländern auswirken?

Die Fragen 9 bis 9b werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Unterbrechungen der Nahrungsmittlexporte aus Russland und der Ukraine setzen die globalen Agrarmärkte dem erhöhten Risiko einer knapperen Verfügbarkeit, einer nicht gedeckten Importnachfrage und höherer internationaler Nahrungsmittelpreise aus. Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sind viele Länder in hohem Maße von Lebensmittelimporten aus Russland und der Ukraine abhängig. Einige Länder weisen bei Weizen eine Importabhängigkeit von bis zu 80 Prozent auf. Die FAO und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) gehen von Versorgungsengpässen aus und in der Folge von einem Anstieg der Zahl hungerner Menschen um mindestens 8 bis 13 Millionen Menschen, das WFP spricht aktuell sogar von zusätzlich 45 Millionen. Es wird außerdem auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

10. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Auswirkungen der Ukraine-Konflikt auf die dortige Getreide-, Ölsaaten- und Maisproduktion sowie auf die Vermarktung dieser Produkte hat, und wenn ja, in welchen Größenordnungen belaufen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausfälle in diesen Bereichen?

Nach Angaben der ukrainischen Regierung soll aufgrund kriegsbedingter Zerstörungen und weiterer Auswirkungen des russischen Angriffes auf die Ukraine nur auf 70 bis 80 Prozent der für Sommerungen vorgesehenen Ackerflächen eine Frühjahrsaussaat möglich sein. Zudem wird aufgrund eingeschränkter Verfügbarkeit und Einsatzmöglichkeit landwirtschaftlicher Betriebsmittel von einer verminderten Produktivität auf der Fläche ausgegangen.

11. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob mögliche Spätfolgen des Krieges (z. B. Minenfelder, zerstörte Infrastruktur) in der Ukraine zu langfristigen Ernteausfällen führen können, und wenn ja, welches Ausmaß haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Komplikationen bisher angenommen?

Der Bundesregierung liegen aktuell keine Kenntnisse vor, die eine Aussage über das Ausmaß der Spätfolgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und daraus folgender möglicher Komplikationen zuließen.

12. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung nationale Hilfen für den Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Infrastruktur im Agrarsektor der Ukraine angedacht, und wenn ja, welche Form der Unterstützung wird Deutschland leisten?

Nach Kenntnis der Bundesregierung hat die Ukraine eine Reihe von nationalen Maßnahmen für den Agrarsektor erlassen. Nach Angaben der ukrainischen Regierung liegt der Fokus auf der Sicherstellung der Frühjahrssaat und der Wiederherstellung des Exports in größerem Umfang.

Die Bundesregierung unterstützt Hilfsmaßnahmen für die Ukraine, die auch den Ernährungs- und Agrarsektor einschließen. Hilfesuche der Ukraine zur Unterstützung der ukrainischen Landwirtschaft, zum Beispiel bei der Versorgung mit Futter- und Tierarzneimitteln, werden aktuell geprüft.

